STADT BIELEFELD
- Sozial- und Gesundheitsausschuss -

Sitzung Nr.
SGA/039/2024
(2020-2025)

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses

am 11.06.2024

Tagungsort:	Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn:	17:00 Uhr
Sitzungspause:	19:25 – 19:40 Uhr
Ende:	20:39 Uhr

Anwesend:

CDU
Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Frau Tanja Orlowski
Herr Michael Weber

SPD
Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler
Herr Markus Kollmeier
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes	bis 18:20 Uhr und ab 19:10 Uhr
Herr Joachim Hood	
Frau Sarah Labarbe	
Frau Ruth Wegner	Vertretung für Herrn Eilmes von 18:20 bis 19:10 Uhr
Herr Thies Wiemer	bis 20:04 Uhr

FDP

Herr Jan Maik Schlifter	Vertretung für Herrn Focke bis 19:08 Uhr

Die Partei

Herr Johannes Künsebeck	Vertretung für Herrn Loth ab 17:07 Uhr

AfD

Herr Dr. Florian Sander	bis 20:32 Uhr

Die Linke
Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic	Integrationsrat, bis 20:34 Uhr
Herr Rolf Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich	
Herr Michael Gugat	bis 20:00 Uhr
Frau Gordana Kathrin Rammert	

Verwaltung

Herr Martin Adamski	Beigeordneter Dezernat 3
Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Frau Kerstin Beckmann-Schönwälder	Stab Dezernat 5
Herr Jakob Bergen	Büro für Sozialplanung, zu TOP 6
Frau Nora Gäbel	Büro für Sozialplanung
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Felix Heckersdorf	Büro für Sozialplanung, zu TOP 6
Herr Peter Hiltawsky	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Simon Löwenstein	Fraktionsreferent CDU-Fraktion
Herr Mark Niemann	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Frau Elke Riemann	Stab Dezernat 3
Frau Claudia Schoof	Büro für Sozialplanung
Frau Andrea Steinberg	Büro für Sozialplanung

Gäste

Herr Jan-Gert Hein	Drogenberatung e.V. Bielefeld, bis TOP 8
Frau Kirsten Hopster	AG Wohlfahrtsverbände, als Vertretung für Herrn Paus
Herr Klaus Siegeroth	REGE mbh
Herr Oliver Wittler	Jugendberufsagentur
Herr Leonhard Wohlfahrt	Bethel.regional, Soziale Wohnraumagentur

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) zur 39. Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Frau Orlowski tritt an die Stelle von Frau Schineller als ordentliches Mitglied des Gremiums.

Zur **Tagesordnung** weist Vorsitzende Frau Gorsler die Ausschussmitglieder auf die nachgereichten Unterlagen hin, die auch im Informationssystem vorlägen.

Herr Gugat beantragt **1. Lesung für den TOP 7** „Konzept zur Stadttaubenregulierung", Drucks.Nr. 6425/2020-2025 und begründet dies damit, dass er in den nächsten Tagen noch einen schriftlichen Fragenkatalog einreichen wolle, der dann von der Verwaltung bis zur Sondersitzung beantwortet werden sollte.
Frau Weißenfeld und Herr Copertino wünschen keine Verzögerung der Beschlussfassung bis nach den Sommerferien und schlagen die finale Abstimmung in der Sondersitzung am 27.06.2024 vor. Unter dieser Voraussetzung stimmen die Anwesenden der 1. Lesung zu.

Sie sind auch damit einverstanden, dass **TOP 9.2** „Weiterführung des Integrationsbudgets – Verwendung der zusätzlichen 3 Mio. Euro sowie von Restmitteln", Drucks.Nr. 7637/2020-2025 in **1. Lesung** behandelt wird.

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.04.2024

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.04.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 (Wirtschaftliche) Situation in den Tagespflegen und darauf abzielende, unterstützende Maßnahmen der Verwaltung

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Abfrage der Eigenteile bei den Trägern der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF)**

Vorsitzende Frau Gorsler weist auf die Mitteilung des Büros für Sozialplanung hin.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **Präventive Hausbesuche: aktueller Sachstand und Empfehlung des Seniorenrates vom 22.05.2024 (Drs.-Nr. 8072/2020-2025)**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Bewirtschaftung der städtischen Unterkünfte durch die BGW**

Vorsitzende Frau Gorsler weist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt – hin.

-.-.-

Zu Punkt 2.5 **Finanzierung der Sozialticketvarianten in Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt.

-.-.-

Zu Punkt 2.6 **Änderung der Geschäftsordnung der Kommunalen Gesundheitskonferenz**

Vorsitzende Frau Gorsler weist auf die Mitteilung des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes hin.

-.-.-

Zu Punkt 2.7 **Mündlicher Bericht aus der KGK am 15.05.2024**

Vorsitzende Frau Gorsler gibt eine kurze Zusammenfassung der am 15.05.2024 erstmals öffentlich tagenden Kommunalen Gesundheitskonferenz. Es wurden u.a. folgende Themen behandelt: Kita mit BISS, Ageing@BI (Befragung zum Älter werden in Bielefeld), Haftnachsorge/Rückfallprophylaxe nicht psychiatrischer Sexualstraftäter und die Initiative gesund unterwegs.

-.-.-

Zu Punkt 2.8 **Ausbildungsreport 2023 der Jugendberufsagentur Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf den vorliegenden Bericht der Jugendberufsagentur Bielefeld. Er werde noch nach den Sommerferien Gegenstand der politischen Beratung.

-.-.-

Zu Punkt 2.9 **Evaluation Bildung und Teilhabe**

Vorsitzende Frau Gorsler weist auf die Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen - Sozialamt - hin.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Anpassung der bisherigen Angebote und Konzepte der Suchtprävention an die veränderten Rahmenbedingungen (Anfrage der CDU-Ratsfraktion vom 21.05.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8067/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung **zur Kenntnis.** -

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Trinkwasserbrunnen (Beschluss des Seniorenrates vom 22.05.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8009/2020-2025/1

Beigeordneter Herr Adamski berichtet über das dynamische Geschehen zum Thema. Aktuell werde eine vertragliche Vereinbarung verhandelt, die 20 bis 30 Trinkbrunnen in allen Bezirken zum Gegenstand habe. Im Zuge der Baustelle Hauptstraße in Brackwede werde dort ein Trinkbrunnen errichtet.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, noch im Jahr 2024 und in Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Hitzeaktionsplan Trinkwasserbrunnen insbesondere an besucherintensiven Orten der Stadtbezirke nach lokaler Analyse zu installieren.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Runder Tisch für Bielefelder Aus- und Weiterbildungsinitiativen (Antrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8157/2020-2025

Herr Eilmes begründet den Antrag und verweist auf die Erfahrungen mit dem Kölner Bildungsmodell. Der Runde Tisch solle Fachkräfte des operativen Tagesgeschäftes zusammenbringen.

Herr Copertino hält das Ansinnen für gut, möchte aber Doppelstrukturen und eine Konkurrenz zur BAJ vermeiden. Herr Gugat, Frau Adilovic, Herr Weber und Herr Winkelmann begrüßen die Initiative und nennen weitere Akteure, die eingebunden werden sollten. Herr Hood gibt zu bedenken, dass die Runde nicht zu groß werden sollte und eine Rückkopplung über die Information des Sozial- und Gesundheitsausschuss gewährleistet sei.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Einrichtung eines Runden Tisches für Bielefelder Aus- und Weiterbildungsinitiativen.

1. Im Fokus des runden Tisches sollen
a. zunächst die Umsetzung des Kölner Bildungsmodells als Bielefelder Bildungsinitiative sowie b. zudem die Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Weiterbildungsinitiativen stehen. Bei Bedarf können dazu weiterführende Recherchen erfolgen.
2. Zum runden Tisch soll die Verwaltung die relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteur*innen einladen. Einzubeziehen sind auch im operativen Tagesgeschäft handelnde Fachkräfte der Institutionen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt einen Überblick über die Bielefelder Beratungslandschaft zur Weiterbildung zu erstellen und mögliche Beratungslücken aufzuzeigen. Dabei soll das Angebot zum Beispiel von REGE, IHK, HWK, Arbeitsagentur, Universität dargestellt werden.
4. Das Gremium soll den aktuellen Stand der Gespräche regelmäßig den zuständigen Ausschüssen vorstellen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5 Sachstand Umsetzung des Konsumcannabisgesetzes (KCanG)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8027/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 6 Diamorphin-Versorgung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8085/2020-2025

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet über das zurückliegende Verfahren, das nunmehr mit der Kooperationsvereinbarung abschließe. Dabei sei aufgrund der politischen Beschlüsse eine Diamorphin-Praxis in kommunaler Verantwortung intensiv geprüft worden. Dies und der Erlass zu § 5a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) über die Notwendigkeit der Einbindung in das örtliche Suchthilfesystem hätten dazu beigetragen, dass sich die Medikus-Gruppe auf die Kooperationsvereinbarung einlasse. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger nennt die Eckpunkte der Kooperationsvereinbarung. Er empfiehlt den Abschluss der Kooperationsvereinbarung und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Vorsitzende Frau Gorsler bestärkt, dass die politische Einigkeit die Kooperation erst ermöglicht habe und kündigt an, dass sich Herr Plattner von der Medikus-Gruppe dem Sozial- und Gesundheitsausschuss in der Sondersitzung am 27.06. vorstellen werde.

Herr Kollmeier, Herr Copertino, Frau Rammert, Herr Hood und Frau Weißenfeld begrüßen das Ergebnis der Verhandlungen, danken der Verwaltung und regen die Besichtigung der Praxisräumlichkeiten und den Austausch mit anderen Städten an.

Nach Ansicht von Herrn Sander bestehe Einigkeit darüber, dass die Situation mit der Kooperationsvereinbarung besser sei als vorher. Trotzdem werde er der Beschlussvorlage nicht zustimmen, da die problematischen Brennpunkte weiter bestehen blieben.

Herr Schlifter befürchtet durch die Beschränkung der Behandlung von Auswärtigen einen Anreiz für diese Personen, ihren Wohnsitz nach Bielefeld zu verlegen. Daher sollten die OWL-Kommunen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Hierzu meint Erster Beigeordneter Herr Nürnberger, es sei nicht erkennbar, dass das vorhandene gute Suchthilfesystem in Bielefeld Ummeldungen zur Folge habe. Davon gehe er auch künftig aus. Er halte in den größeren Nachbarstädten eine lokale Diamorphin-Vergabe für machbar, dadurch könnten diese Kommunen Verantwortung für ihr eigenes Klientel übernehmen.

Herr Nürnberger führt aus, dass Bielefeld als erste Kommune unter den Bedingungen des Erlasses zu § 5a BtMVV verhandelt habe, die bisherigen Diamorphin-Praxen seien vorher eröffnet worden. In der Fachwelt würde die Kooperation in Bielefeld beobachtet, bisher gebe es noch keine Anfragen. Es bestehe grundsätzlich Bereitschaft, die gemachten Erfahrungen mit anderen Kommunen zu teilen. Er habe die Medikus-Gruppe gesprächsoffen erlebt. Nach den Sommerferien sei ein Tag der offenen Tür in den Praxisräumen in Bielefeld geplant, die Eröffnung solle im Herbst erfolgen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen:

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kooperation mit der Medikus-Gruppe auf der Basis der in der Begründung genannten Eckpunkte einzugehen.**

2. **Die Vorbereitung einer kommunal verantworteten Diamorphin-Praxis wird für ein Jahr zurückgestellt.**

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, bei Bedarf und mindestens halbjährlich über die Zusammenarbeit mit der Medikus-Gruppe zu berichten.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7 Konzept zur Stadttaubenregulierung

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6425/2020-2025

Zu diesem TOP berichtet Beigeordneter Herr Adamski über den aktuellen Stand der Diskussion und Beschlusslage. Es schließen sich zustimmende und ablehnende Wortbeiträge an. Aufgrund der angekündigten offenen Fragen wird die Beschlussvorlage in 1. Lesung behandelt und die Beschlussfassung in der Sondersitzung am 27.06.2024 vereinbart.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen

a) Dem Konzept zur Stadttaubenregulierung wird zugestimmt.
b) Es wird zugestimmt, dass die Sach- und Personalaufwendungen von max. 75.000 € zur Verschlechterung des Jahresergebnisses 2025 führen (vorbehaltlich des Haushalts- und Stellenplanverfahrens 2025/2026).

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8 Verteilung der Projektmittel für die offene Seniorenarbeit 2024

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8025/2020-2025

Ohne Wortmeldungen fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, die im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung zur Verfügung stehenden Projektmittel in Höhe von 15.000 € in 2024 wie folgt einzusetzen:

	Träger	Projekt	Fördersumme
	Caritas Bielefeld e.V.	Erinnerungswerkstatt	1.000,00 €
	AWO Kreisverband Bielefeld e.V.	Kultur und Kreativität im Quartier / verschiedene Standorte	3.050,00 €
	Theaterlabor e.V.	Seniorentheatergruppe „Jetzt oder nie“ – Produktion eines Theaterstücks	2.690,00 €
	Gesellschaft für Sozialarbeit Bielefeld e.V.	Gesund im Alter / Standort Bullerbach (Sennestadt)	2.830,00 €
	Kunstforum Hermann Stenner gGmbH	Ausstellungsbesuche für immobile Senior*innen und an Demenz erkrankte Menschen	2.430,00 €
	Diakonie für Bielefeld gGmbH	Abenteuer Kunst – ein Malkurs mit Therapiehunden	3.000,00 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9 Integrationsbudget

Zu Punkt 9.1 Bericht über das Projekt "Willkommen - Büro für Zugewanderte"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8140/2020-2025

Frau Rammert stellt die Frage, wieso bei den Staatsangehörigkeiten der Ratsuchenden in der Tabelle auf Seite 9 Deutschland auftauche. Frau Krutwage antwortet, dass es sich dabei um begleitende Ehrenamtliche, Bekannte bzw. Freunde handele, die den Statistikbogen mit ihren Angaben ausgefüllt hätten sowie um Menschen, die nach der Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit hätten.

Herr Hood merkt an, dass das Willkommensbüro für eine breitere Gruppe von Zugewanderten gedacht gewesen sei. Er fragt nach der Entwicklung und nach den Ursachen, warum der Schwerpunkt weiterhin auf Menschen aus der Ukraine liege. Hierzu erläutert Frau Krutwage, dass das Willkommensbüro zeitgleich mit der großen Zuwanderung aus der Ukraine gestartet sei. Daher sei das Angebot zunächst für diese dominierende Zielgruppe ausgerichtet worden. Aktuell arbeite die Verwaltung zusammen mit ihren

Partnerorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege daran, durch Netzwerkarbeit Zugänge zu den vorhandenen Strukturen zu schaffen. Der Auftrag einer breiten Nutzung werde weiterverfolgt.

Frau Adilovic bewertet das Willkommensbüro als einen Kompromiss, der aus Sicht des Integrationsrates nicht ausreiche, um die Bedarfe zu decken. Sie bitte darum, mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Frau Hopster würdigt die gute Arbeit aller Beteiligten. Das Willkommensbüro habe auf die aktuellen großen Herausforderungen kurzfristig und gut reagiert. Mehr gehe immer, aber es fehle in erster Linie an Bundesmitteln für MBE (Migrationsberatungsstellen für erwachsene Zugewanderte) und JMD (Jugendmigrationsdienst). Das Willkommensbüro sei eine informelle und niedrigschwellige Anlaufstelle jenseits von – teilweise angstbesetzten – Ämtern und Behörden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 9.2 Weiterführung des Integrationsbudgets – Verwendung der zusätzlichen 3 Mio. Euro sowie von Restmitteln

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7637/2020-2025

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt, der Jugendhilfeausschuss und der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließen:

1. Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Integrationsbudgets werden die in der Anlage dargestellten Maßnahmen und Angebote in den Jahren 2024 bis 2026 nachfolgenden inhaltlichen Schwerpunkten finanziert:

- Berufliche Integration: 64.327,00 Euro
- Bewerbung Herkunftssprachl. Unterrichts (HSU), Existenzgründung: 40.000,00 Euro
- Kultursensible Pflege: 203.000,00 Euro
- Sozialintegrative Maßnahmen: 1.587.590,00 Euro
- Sprachförderangebote: 1.009.200,00 Euro
- Stärkung Elternarbeit in Kitas und Schulen: 135.000,00 Euro

2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die wesentlichen Entwicklungen in den finanzierten Maßnahmen zu berichten.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 9.2.1 **Weiterführung des Integrationsbudgets – Verwendung der zusätzlichen 3 Mio. Euro sowie von Restmitteln, hier: Beantwortung von Fragen aus dem Integrationsrat**

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Antwort der Verwaltung **zur Kenntnis.** -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Stellenpläne für die Jahre 2025 und 2026 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7889/2020-2025

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld zu beschließen, die mit Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeit*plus* Bielefeld vom 07.03.2024 aufgestellten Stellenpläne für die Jahre 2025 und 2026 zu genehmigen (Anlage).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 **„Junge Menschen in Ausbildung vermitteln“ - Umsetzungsstand**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8154/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Prävention in der Wohnungslosenhilfe**

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Niemann (Amt für soziale Leistungen – Sozialamt) und Herrn Wohlfahrt (Bethel.regional). Sie stellen anhand einer Präsentation (**Anlage 1** zur Niederschrift) die präventive Arbeit in der Wohnungslosenhilfe vor und beantworten im Anschluss Fragen der Anwesenden.

-.-.-

- - - Pause - - - Vorsitzende Frau Gorsler unterbricht die Sitzung für eine Pause von 19:25 bis 19:40 Uhr.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Aufklärung über die Möglichkeit von vertraulichen/anonymen Geburten und einer Babyklappe**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8152/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 14 **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF)**

Zu Punkt 14.1 **Bericht zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen der Vertragsperiode 2023-2025 sowie zu den Vorbereitungen der nächsten Vertragsperiode (2026-2028)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8089/2020-2025

Herr Hood bedankt sich für den Überblick über die aktuelle Situation. Er möchte wissen, ob derzeit Maßnahmen bekannt sind, welche bisher durch einen Zuschuss finanziert wurden und die neu in die kommenden LuF übertragen werden sollten. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass ihm zum jetzigen Zeitpunkt nichts bekannt sei. Die steigenden gesellschaftlichen Bedarfe und die künftigen Haushaltsrestriktionen stellten eine Herausforderung dar.

Frau Beier hält die Vorlage für aussagekräftig und lobt den bisherigen Arbeitsprozess. Sie bittet um weitere Informationen zum dialogischen Verfahren in der laufenden LuF-Periode für Selbsthilfe (Beschlusspunkt 9.). Diese werden mit dem Protokoll nachgeliefert:
Mit der Selbsthilfe-Kontaktstelle findet aufgrund der vorhandenen zeitlichen und personellen Ressourcen ein anlassbezogener Austausch statt. Für die Zukunft ist beabsichtigt, diesen zu intensivieren.
Im Bereich der Sucht-Selbsthilfe haben anlassbezogene Fachgespräche stattgefunden. Ein Beispiel sind die Workshops zur Weiterentwicklung des Suchtselbsthilfesystems.

Herr Eilmes fragt hinsichtlich des Fach- und Finanzcontrollings, wie die Träger von Bürokratie entlastet werden könnten. Hierzu antworten Herr Nürnberger und Frau Steinberg, dass einmal zum 30.06. des Jahres ein Nachweis auf dem abgestimmten Vordruck angefordert werde und in den seltensten Fällen Originalunterlagen eingereicht werden müssten. Dieses Verfahren solle künftig digitalisiert gestaltet werden. Im laufenden LuF-Prozess des Dezernates für Soziales und Integration stehe der Bürokratie-Abbau oben auf der Agenda.

Herr Weber verweist darauf, dass es Diskussionen zur Berichts- und Dokumentationspflicht gegeben habe, besonders darüber, dass nicht nur einer Stelle gegenüber berichtet werden müsse, sondern häufig mehreren verschiedenen, die auch noch unterschiedliche Nachweise und Vordrucke verlangten. Hier sei eine zeitliche und inhaltliche Abstimmung der Geldgeber wünschenswert um Synergien zu erreichen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 14.2 **Tariftreue/mittelfristige Tarifbindung bei möglichst allen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8047/2020-2025

Frau Beier merkt an, dass die Situation unbefriedigend bleibe. Herr Weber sieht in der Vorlage die Realität abgebildet.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 15 **Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 7987/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 16 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Krutwage berichtet, dass die Verwaltung an der Umsetzung der Beschlüsse zur Gesundheitsberichterstattung arbeite. Frau Harmsen ergänzt, dass der Bericht im November in der Kommunalen Gesundheitskonferenz eingebracht werden soll.
Weiterhin berichtet Frau Krutwage, das der AfUK den Hitzeaktionsplan verabschiedet habe. Die ersten Maßnahmen würden umgesetzt.
Der Prüfauftrag zur Gebärdensprache und zur leichten Sprache würde bearbeitet, hierfür finde derzeit eine Umfrage in der Verwaltung statt. Die Ergebnisse würden nach den Sommerferien vorgelegt.
Die Maßnahmen im Zusammenhang der Erklärung zur Assistenzhundfreundlichen Kommune würden umgesetzt.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Gez.
Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Gez.
Britta Zimmermann
(Schriftführung)